Pfund's Milch-Seife
aus reiner, bester Kuhmilch
Bade-Kinder- u. Familienseife
macht die Haut weich und zart.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund.

Dresdner Nachrichten

38. Jahrgang.
Aufl. 56,000 Stück.

Dresden, 1893.

Hustenmittel mit und ohne Zucker:
Malzextrakt-Bonbons, echte; bekömmlich, wohlschmeckend, zuverlässig. Pckg.: 20, 25, 40 Pf. **Röst-Maltin,** Kugeln aus Malzextrakt-Schaum, zuckerfrei; unter Wärme, daher energisch schleimlös. Dos. 30 Pf. (Patentgl. zu 1½ L. M. 2.50) i. d. Apoth. — J. Paul Liebe, Dresden.

Closets & Badeartikel
in grösster Auswahl billigst!
Friedrich Gappisch
Königl. Sächs. Hoflieferant,
DRESDEN-A. Marienstr. 11,
gegenüber 3 Raben,
Fabrik: Fischhofplatz 4.

Zur Reise
empfiehlt: Reise-Koffer und Taschen mit und ohne Einrichtung, Reise-Necessaires, Reise-Apotheken und Reise-Besteck-Etuis, Courier- und Gürtel-Taschen, Plaidhüllen etc.
Bernhard Rüdiger.
3 Wilsdruffer Strasse 3, nahe dem Altmarkt.

Grossartigste Auswahl. **Handschuhe.** Suedes Façon Reynier.
20 Schlossstrasse **Elisabeth Wesseler** Schlossstrasse 20
Damen-H. v. 1.50 Herren-H. v. 1.50 **40 Wilsdrufferstr. 40** Stoff-Handschuhe Cravatten.

Franz Pillnay
Fabrik zweckentsprechender Lacke für alle Branchen
Dresden-Neustadt.

Geradehalter **(gesetzl. geschützt)** für Herren, Damen und Kinder, **leicht, bequem u. äusserst wirksam,** bei Herren und Knaben die Hosenträger ersetzend, zum Preise von **3—6 Mk.** stets vorräthig beim Verfertiger, Bandagist **M. H. Wendschuch,** **22b Marienstrasse 22b** (Ecke der Margarethenstrasse.) **Etablirt 1862. — Etablirt 1862.**

Nr. 196. Spiegel: Die Annahme der Militärvorlage, Abstimmung der Reformpartei. Hofnachrichten, Manöver und Fluthnoth, Stadtverordneten-Sitzung, Ferienzeit, Gerichtsverhandlungen, Tagesgeschichte. Historisches Militär-Concert. **Sonnabend, 15. Juli.**

Politisches.

Die Entscheidung in der großen Frage, welche das deutsche Volk seit nunmehr dreiviertel Jahren in Spannung und Aufregung erhalten hat, ist endlich so gefallen, wie sie zur Sicherung unserer Grenzen und zur Erhaltung des europäischen Friedens erfolgen mußte. Der Appell, den die verbündeten Regierungen durch die Reichstagsauflösung an den opferwilligen Patriotismus der Wähler gerichtet haben, ist nicht wirkungslos verhallt. Der neue Reichstag hat mit einer Mehrheit von 11 Stimmen in zweiter Berathung die Militärvorlage angenommen. Die Nation athmet erleichtert auf. Die schweren Wunden, die unserem Ansehen im Auslande und unserem Wohlstande durch die Beunruhigung unseres Erwerblebens und durch die Lähmung des wirthschaftlichen Aufschwunges geschlagen worden sind, können wieder geheilt werden. Erlöst von den bangen Zweifeln, welche die antinationale Mehrheit des vorigen Reichstages erregt hatte, können wir wieder mit Zuversicht in die Zukunft schauen. Denn es ist zweifellos, daß in der dritten Lesung die Abstimmung ein ebenso günstiges Resultat ergeben wird wie vorgestern. Es fehlten am Donnerstag nur 7 Mitglieder. Von diesen haben bei der Abstimmung vor der Auflösung des Reichstags 2 dafür, 3 dagegen gestimmt. Der fehlende Pole will sich dem Vernehmen nach als Opponent dem Beschluß seiner Fraktion gegenüber der Abstimmung enthalten, während der abwesende Antisemit Leuß sicherlich als Freund der Vorlage anzusehen ist. Somit würde auch bei vollbesetztem Hause die Majorität von 11 Stimmen vorhanden gewesen sein. Es ist dies an sich zwar eine sehr knappe Mehrheit, aber sie bezeichnet doch einen bedeutenden Umschwung zu Gunsten der Heeresverstärkung, da am 6. Mai die Mehrheit gegen die Vorlage nicht weniger als 48 Stimmen betrug.

Die Entscheidung lag in den Händen der Reformpartei, der Polen und der freisinnigen Vereinigung. Wenn auch nur eine von diesen drei Gruppen nicht geschlossen für die Vorlage gestimmt hätte, so wäre wiederum die Gefahr der Ablehnung nahe gewesen. Eine dieser Fraktionen brauchte nur mit 6 Mitgliedern dagegen zu votiren und die Vorlage wäre gefallen. Jede der genannten Parteien kann also mit dem Gefühl der Befriedigung von sich behaupten, daß sie das Zünglein an der Waage ist, und auch die Behauptung Eugen Richter's ist vollständig gerechtfertigt, daß, wenn die freisinnige Partei einig in der Opposition gegen die Militärvorlage geblieben wäre, die Militärvorlage selbst nach der Auflösung zu Fall gekommen wäre. Es ist das freilich eine wunderliche Rechtfertigung für den fortschrittlichen Parteipapst, der durch seinen unduldsamen Fraktionsfanatismus und seinen herrschsüchtigen Terrorismus die deutschfreisinnige Partei in die Luft gesprengt hat. Vom nationalen Standpunkte mag dagegen mit Genugthuung konstatirt werden, daß die freisinnigen Secessionisten noch so viel Patriotismus besessen haben, um davor zurückzuschrecken, mit Eugen Richter sich hinter das Banner der süddeutschen Demokratie zu stellen und Schulter an Schulter mit der sozialen und der klerikalen Internationale gegen die Verstärkung unserer nationalen Wehrkraft zu stimmen. Es ist immerhin erfreulich, daß auch unter den Liberalen der fortgeschrittenen Richtung noch nicht ganz der Geist eines Franz Ziegler erloschen ist, der einst erklärte: Wo Preußens Fahnen wehen, da ist auch das Herz der preußischen Demokratie, und der stets als die höchste Richtschnur den Grundsatz bethätigt hat: Wo die Sicherheit des Vaterlandes in Frage kommt, da darf es keine Parteistellung mehr geben.

Es ist eine seltsame Fügung, daß neben den Rickert'schen Freisinnigen die antisemitischen Reformer den Ausschlag zu Gunsten der Militärvorlage gegeben haben, also, außer den Polen, diejenigen beiden Gruppen, die sich am feindseligsten gegenüber stehen. Rickert, der Todfeind der Antisemiten, der ausgesprochene Verfechter der Interessen des Judenthums, und Böckel, der radikale Antisemit, haben ihre Bedenken, die der Eine bezüglich der gesetzlichen Festlegung der zweijährigen Dienstzeit, der Andere bezüglich der Deckungsfrage hatte, zurückgestellt und für die Vorlage gestimmt. Es verdient die vollste Anerkennung, daß die antisemitische Fraktion ihren ursprünglich ablehnenden Standpunkt der Militärvorlage gegenüber aufgegeben und nunmehr für dieselbe eingetreten ist. Die Reformer haben damit ihre Pflicht gegen das Vaterland erfüllt und bewiesen, daß sie die nationalen Interessen höher stellen als diejenigen ihrer Partei. Denn die antisemitische Reformpartei wird wohl kaum die Erwartung hegen dürfen, daß sie durch ihre Zustimmung zu der Militärvorlage sich die Anerkennung und den Dank des Grafen von Caprivi insoweit erworben hat, daß dieser ihr in der Lösung der Judenfrage entgegenkommen wird. Noch vor wenigen Monaten hat der jetzige Reichskanzler den Antisemitismus für demagogisch und staatsgefährlich erklärt, und mit mehr Recht als Herr Böckel könnte der Wadenstrümpfler Rickert der Hoffnung Raum geben, daß seine intimsten Herzenswünsche, die vollständig mit denen des Judenthums zusammenfallen, erfüllt werden. Umsomehr muß die patriotische Haltung befriedigen, welcher einer der Fraktionsführer am Donnerstag Ausdruck gegeben hat, indem er betonte, daß seine Partei ihre Bedenken zurückstelle, um nicht durch sie die Vorlage zu Fall zu bringen und dadurch „den politischen Bestand Deutschlands und seine wirthschaftliche Wohlfahrt zu gefährden". Diese patriotische Erklärung seitens der Leitung der Reformpartei kam etwas überraschend, zumal sich der Vertreter von Dresden-Altstadt noch zwei Tage vorher von einem großen Theile seiner Wählerschaft die ausdrückliche Zustimmung zu seiner bisherigen bedingungsweisen Haltung hatte attestiren lassen. Am Dienstag beschloß die Versammlung der Dresdner Reformpartei nach einem Vortrage ihres Führers eine Resolution, in der es heißt: „Die Wähler der Reformpartei erwarten, daß durch unsere Vertreter womöglich noch weitere Bürgschaften für die Deckung der Mehrkosten in unserem Sinne von der Regierung gefordert und erlangt werden und wenn es dazu auch erst zwischen der zweiten und dritten Lesung der Vorlage kommen sollte." Ohne daß nun inzwischen von Seiten der Regierung noch ein einziges aufklärendes Wort in der Deckungsfrage gesprochen worden war, erklärte Herr Zimmermann am Donnerstag Namens seiner politischen Freunde, daß die Wünsche seiner Fraktion in Bezug auf die Deckungsfrage soweit befriedigt worden seien, daß die Brau- und Branntweinsteuer nicht wiederkehren und eine anderweitige erhebliche Besteuerung der Börse erfolgen solle. Diese Erklärung war eigentlich nicht zu erwarten, nachdem noch der Abg. Böckel heute vor acht Tagen hervorgehoben hatte, daß er und seine Freunde, bevor sie der Militärvorlage zustimmen könnten, noch weitergehende Garantieen seitens der Regierung verlangen müßten. „Wir können uns", sagte der Führer der Reformpartei am 8. Juli, „mit den von dem Reichskanzler abgegebenen Erklärungen noch nicht ganz und voll zufriedengestellt erklären. Von dem Standpunkte ausgehend, daß die Regierung im verflossenen Reichstage auf die Bier- und Branntweinsteuer nicht verzichtet hat, waren wir gezwungen, weil wir mit diesen Steuern nicht einverstanden waren, mit einem „Nein" zu antworten; heute, wo sich wesentlich die Situation zu verändern scheint, wo der Herr Reichskanzler selber zu unserer Zufriedenheit erklärt hat: „Die drei Gesetzentwürfe werden nicht wieder vorgelegt, damit existiren sie nicht mehr, sie gehören einer vergangenen Zeit an", heute wären wir geneigt, falls uns eine größere Klarheit noch darüber zu Theil wird, welche Steuern außer der Börsensteuer in Vorschlag kommen werden, uns der Militärvorlage gegenüber zustimmend zu verhalten. Wir machen das, wie gesagt, nochmals davon abhängig, daß der Herr Reichskanzler uns eine bestimmte Erklärung wenigstens dahin abgiebt, daß keine neuen Konsumsteuern mehr die breiten Massen des Volkes belasten, keine Bier-, keine Tabaks-, keine Branntwein- oder sonstige Steuer gefordert werden soll." Die von dem Abg. Böckel geforderten Erklärungen des Kanzlers, die als conditio sine qua non hingestellt wurden, sind bisher von dem Reichskanzler nicht gegeben worden. Auf die Böckel'sche Rede erwiederte Graf von Caprivi vielmehr, er würde glauben, den Vorwurf des Herrn Gröber, daß die Regierung unredlich verfahre, zu verdienen, wenn er in Bezug auf die Deckungsfrage etwas Anderes antwortete, als was er gestern (d. h. vor der Böckel'schen Rede) gesagt habe. So ehrenvoll auch die vorgestrige Stellungnahme der Reformpartei für dieselbe sein mag, der Widerspruch zwischen den erwähnten Böckel'schen Rede und der in der Dresdner Versammlung ausgesprochenen Erwartung einerseits und der am Donnerstag abgegebenen Erklärung des Abgeordneten von Dresden-Altstadt andererseits liegt auf der Hand. Mancher Dresdner Wähler wird gewiß denken: „Erkläret mir, Graf Oertindur, diesen Zwiespalt der Natur!" Daß die Reformer am Donnerstag trotz ihrer früheren Erklärungen bedingungslos und geschlossen für die Wehrvorlage eingetreten sind, beweist, daß in letzter Stunde schwerwiegende patriotische Erwägungen bei ihnen den Ausschlag gegeben und alle Bedenken und Bedingungen in den Hintergrund haben treten lassen. Es liegt also hier offenbar eine Schwenkung, ein „Umfall" vor — ein Umfall aber, der zur Ehre gereicht. Lo—.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 14 Juli.

Berlin. Reichstag. Der Antrag Werner, den Reichskanzler zu ersuchen, zu veranlassen, daß die gegen den Abg. Ahlwardt wegen Beleidigung des preußischen Beamtenthums und wegen der „Judenflinten" schwebenden Strafverfahren für die Dauer der laufenden Session eingestellt werden, wird einstimmig angenommen. Dann wird die 2. Berathung der Militärvorlage fortgesetzt. Das Amendement des Prinzen Carolath, gesetzliche Festlegung der 3jährigen Dienstzeit wird mit 274 gegen 105 St. abgelehnt. — Abg. Gröber (Centr.): Dem Reichskanzler wird es nicht gelingen, durch seine Verunglimpfungen des Centrums dasselbe bei unseren Freunden im Lande herabzusetzen oder den Zusammenhalt der Partei zu schwächen. Redner führt weiter aus, daß die Vorlage das Rechtsverhältniß des nach zweijähriger Dienstzeit Entlassenen nicht völlig klarstelle und ihn nicht davor sichere, als Disposition surlauber betrachtet zu werden. — Abg. Graf v. Bismarck-Schönhausen: Von der Nothwendigkeit einer Verstärkung unserer Wehrkraft kann Niemand mehr durchdrungen sein als ich; jedenfalls kann davon keine Rede sein, daß wir nicht in der Lage wären, die Kosten aufzubringen. (Abg. Richter ruft: Zur Sache!) Ich bedauere, daß die ursprüngliche Vorlage nicht aufrecht erhalten worden ist und hoffe immer noch, daß darauf wieder zurückgekommen werden kann. (Abg. Richter ruft fortwährend: Zur Sache! Die freisinnige Volkspartei stimmt lärmend in den Ruf ein, obgleich der Präsident die Herren auffordert, den Redner nicht zu unterbrechen.) Es mußte für jeden konservativen Ehrenmann sehr schwer sein, sich für die zweijährige Dienstzeit zu entscheiden, da dieser Schritt im Widerspruch mit der altbewährten Tradition steht; ich hoffe aber, daß, wenn sich die zweijährige Dienstzeit nicht bewährt, zu der dreijährigen zurückgekehrt werde. Dafür spricht, daß der Herr Reichskanzler, selbst ein bewährter Heerführer, an einer vorläufigen Beschränkung der zweijährigen Dienstzeit auf 5 Jahre festhält; dies ermöglicht es mir, für die Vorlage zu stimmen. (Beifall). Was mich dabei betrifft, ist, daß Experimente immer ihre Gefahr haben, namentlich Experimente mit der Armee. Niemand kann eine Garantie übernehmen, daß nicht binnen dieser fünf Jahre der große Krieg eintritt, dem wir mit der Friedensrüstung vorbeugen wollen. Die politische Wahrscheinlichkeit spricht eher dafür wie dagegen. (Lachen und lärmender Widerspruch links.) Ich glaube, meine auf langjährige praktische Erfahrung in politischen Geschäften beruhende Kenntniß ist so viel werth wie die Ihrige. Wir sollten dafür sorgen, daß der Krieg uns nicht in einer nicht angenehmen Situation trifft. Darüber sind wir doch alle einig, daß wir stolz sein dürfen, die beste Armee und die besten Offiziere der Welt zu haben. (Beifall.) Ein ferneres Bedenken ist, daß die Sozialdemokratie leichter in die Armee eindringen wird, wenn die zweijährige Dienstzeit eingeführt ist. (Sehr richtig, rechts.) Wir haben mit den Thatsachen zu rechnen, daß jährlich Tausende von Sozialdemokraten ausgehoben werden; demgegenüber muß man sich vergegenwärtigen, daß der Mann sich erst im dritten Jahre fühlt, wenn er selbst ausbilden hilft. Wenn, was Gott verhüten wolle, ein Krieg innerhalb der nächsten fünf Jahre kommt, möchte ich nicht zu denen gehören, die leichten Herzens für diese grundstürzende Organisation gestimmt haben. (Beifall rechts.) — Reichskanzler Graf Caprivi: Ich hoffe allerdings, daß sich die zweijährige Dienstzeit bewähren werde. Der Herr Vorredner übersieht, daß wir thatsächlich die dreijährige Dienstzeit nicht gehabt haben, sodaß die große Mehrzahl der Mannschaften schon mit dem zweiten Jahr entlassen wurde. (Graf Bismarck: Das habe ich gesagt.) Das hat der Herr Vorredner aber nicht gesagt, daß wir die besten Leute beurlauben. Die 15 oder 25 Mann, welche das dritte Jahr hindurch bleiben, sind theils Spezialisten, Schreiber und Burschen, zum anderen Theil aber unfähige Leute. Was die Verseuchung durch die Sozialdemokratie betrifft, so werde ich die verseuchten Mannschaften jedenfalls zu den schlechten rechnen und demgemäß behandeln. Ob die 15 oder 25 Dreijährigen, die in dieser Weise zusammengesetzt sind, einen heilsamen Einfluß auf die Jüngeren ausüben werden, ist mir mehr als fraglich. (Sehr richtig, links.) Der Herr Vorredner hält eine tiefgreifende Aenderung der Organisation, wie die Einführung der zweijährigen Dienstzeit, wenn ein Krieg schnell ausbrechen sollte, für bedenklich, und er meint, wir hätten den Krieg schon bald zu erwarten. (Zwischenruf des Grafen Bismarck: Das habe ich nicht gesagt! Glocke des Präsidenten. Der Reichskanzler fortfahrend: Ich bitte den Herrn Präsidenten, mich vor Unterbrechungen zu schützen. Bravo! links. Glocke des Präsidenten.) Wenn ein Krieg bald eintreten sollte, so haben wir ja noch Reserven, die drei Jahre gedient haben. Von den Kompensationen für die zweijährige Dienstzeit habe die Regierung etwas Wesentliches nicht aufgegeben. Die Regierung ist auch nicht leichten Herzens an die zweijährige Dienstzeit herangetreten, aber die Heeresverstärkung war nothwendig und diese war ohne die zweijährige Dienstzeit nicht durchführbar. Mit einer Verstärkung innerhalb des Rahmens der dreijährigen Dienstzeit würden wir nicht soweit gekommen sein als jetzt mit der zweijährigen. — Bundeskommissar Major Wachs erklärt das Bedenken des Abg. Gröber für nicht begründet. Die nach zweijähriger Dienstzeit Entlassenen könnten nicht als Dispositionsurlauber angesehen werden. — Abg. Bebel: Das Eindringen der Sozialdemokratie in die Armee läßt sich nicht hindern; vielfach bilden die Sozialdemokraten die intelligentesten Leute in der Armee. Er könnte ein norddeutsches Pionierbataillon bezeichnen, das zu neun Zehnteln aus Sozialdemokraten bestehe. Will man die Sozialdemokraten in der Armee nicht, dann bleibt nichts übrig, als sie todtzuschlagen; das hat wohl auch Bismarck's Vater im Auge gehabt, als er die Sozialdemokraten mit Ratten verglich. Der Rest der Vorlage wird angenommen. — Abg. Bebel begründet nachstehende Interpellation. Sind dem Herrn Reichskanzler die Aeußerungen bekannt geworden, welche nach den bis heute unwidersprochen gebliebenen Gerüchten der Presse, der Polizeipräsident Feichter in Straßburg in amtlicher Eigenschaft gegen elsaß-lothringische Staatsangehörige sich erlaubte und was gedenkt der Herr Reichskanzler auf diesen Vorgang hin, falls er sich bewahrheiten sollte, gegen den Polizeipräsidenten von Straßburg zu thun? Dem Verein Fetelda sei erst die Erlaubniß ertheilt worden, einen Vortrag des Dr. Simonis zu veranstalten, dann sei zwei Tage nach den Wahlen der Verein aufgelöst worden und der Polizeipräsident habe beim Empfange einer Deputation des aufgelösten Vereins gegenüber geäußert, daß jeder, der für Simonis stimme, ein Landesverräther und dergl. sei. So würde in der „Köln. Volksztg." berichtet. Der Polizeipräsident bestreitet zwar, die Aeußerung gethan zu haben, doch steht dem die Aussage der vier von ihm empfangenen Männer gegenüber; außerdem schon früher eine Aeußerung, die er im Restaurant zur „dicken Marie", in dem er verkehrte, gethan hat. Bestätigt sich der Bericht der „Köln. Volksztg.", so darf der Herr nicht einen Augenblick mehr Polizeipräsident bleiben. — Staatssekretär v. Bötticher: Der Reichskanzler hat sofort nach Bekanntwerden des Berichts aus Straßburg amtlichen Bericht gefordert. Dieser lautete ganz anders als der Zeitungsbericht. Hätte sich Letzterer bewahrheitet, so würde das Verfahren des Polizeipräsidenten scharf beurtheilt werden müssen. Polizeipräsident Feichter hat gegen die Urheber des Berichts Klage erhoben. Die richterliche Untersuchung wird hoffentlich ein sicheres Ergebniß zur Folge haben, als man von der Verhandlung im Reichstage erwarten kann. Es freut mich, daß die Sozialdemokraten den christlichen Grundsatz: Liebet Eure Feinde, zu beherzigen beginnen. Denn der Fetelda-Verein hat sich u. A. die Bekämpfung der Sozialdemokratie zum Ziel gemacht. — Abg. Guerber (els.): Der Polizeipräsident müsse wohl so gesprochen haben, wie berichtet sei, denn so weit sei die Germanisirung noch nicht vorgeschritten, daß die Mitglieder der Deputation jene Bezeichnungen aus dem Schatze ihrer Bildung geschöpft haben könnten. — Staatssekretär v. Bötticher: Man solle doch das Ergebniß der gerichtlichen Untersuchung abwarten, bevor man auf Grund widersprechender Aussagen solche Urtheile abgebe. Gegen den Polizeipräsidenten sei auf Grund der behaupteten Schimpfworte weder eine Klage anhängig gemacht, noch eine Beschwerde erhoben worden. — Abg. Dr. Bachem (Centr.): Auf ein objektives Urtheil sei nicht mehr zu rechnen. Warum leitet die Staatsanwaltschaft nicht das Verfahren auf Grund öffentlichen Interesses gegen den Polizeipräsidenten ein. — Abg. Dr. Cunerceens (nl.) legt Verwahrung dagegen ein, daß dem Reichstage zugemuthet werde, auf Grund eines einseitigen Zeitungsberichtes von vier Leuten hin eine Verurtheilung auszusprechen und protestirt gegen die Zumuthung, daß die Regierung den Gerichten in die Arme fallen könnte. — Abg. Buch (ntl.): Der Polizeipräsident hätte das Disziplinarverfahren gegen sich selbst beantragen sollen. — Hierauf wird der Gegenstand verlassen. — Der Nachtragsetat und das Ansiedlungsgesetz werden debattelos angenommen. — Morgen 2 Uhr dritte Lesung der Militärvorlage.

Berlin. Der Kaiser begiebt sich am Sonntag nach Kiel und tritt Anfangs nächster Woche die Fahrt in die Ostsee an, wo er von zwei schwedischen Geschwadern begrüßt werden wird. Die Rückkehr erfolgt Mitte August. — Ministerpräsident Graf Eulenburg erhielt den schwarzen Adlerorden. — Die morgende Reichstagssitzung ist, wie zur allgemeinen Ueberraschung verlautet, mit Rücksicht auf den morgenden Parteitag der freisinnigen Volkspartei auf eine spätere Stunde als üblich angesetzt. — Der Centrumsabgeordnete Letocha, der sich in der Wahlbewegung hinsichtlich der Militärvorlage freie Hand vorbehalten, und bei der gestrigen Abstimmung gefehlt hatte, hat sein Mandat niedergelegt. — Der Afrikareisende Otto Ehlers hat sich zur Audienz an das Hoflager des Königs von Sachsen nach Villnitz begeben. — Rechtsanwalt Hertwig in Charlottenburg ist zu 3 Monaten Festungshaft verurtheilt. Er hatte seinem Bezirkskommando Teltow, als dieses ihn zum Bericht über die anläßlich seiner Liegnitzer Reichstags-

Friedrich Glöckner empfiehlt sich zum Anfertigen, Ausbessern und Umnähen von Damen-Garderoben, Zwingerstrasse 15; Schülerstrasse 12; Lodtar: Thiersdorferstrasse 4.
Detail-Geschäften: Firniss-Pinsel.